

BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH
**DR. ALFRED GUSENBAUER
BUNDESKANZLER**
XXIII. GP.-NR
229 IAB
09. März 2007

zu *225 IJ*

An die
Präsidentin des Nationalrats
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0013-IV/8/2007

Wien, am 7. März 2007

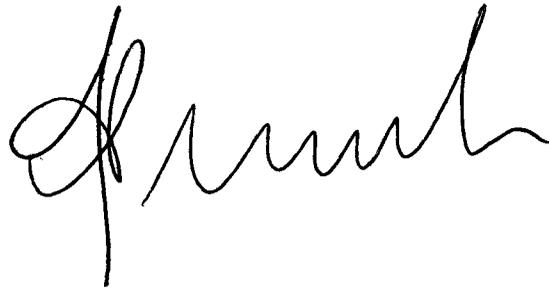
Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Haidlmayr, Freundinnen und Freunde haben am 10. Jänner 2007 unter der **Nr. 225/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Erfüllung der Behinderteneinstellungspflicht 2006 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

1. Personalstand insgesamt:	1.123
2. abzüglich beschäftigte begünstigte Behinderte	<u>74</u>
	1.049
3. ermittelte Pflichtzahl (1.049/25)	41
4. abzüglich begünstigte Behinderte	- 74
hievon doppelt anrechenbar	<u>- 19</u>
5. Erfüllung der Beschäftigungspflicht	52

Die Tatsache, dass das Bundeskanzleramt weit mehr begünstigte Behinderte als gesetzlich vorgeschrieben beschäftigt und somit weder offene Pflichtstellen existieren noch eine Ausgleichstaxe geleistet werden muss, zeigt die hohe Wertschätzung der Arbeitsleistung begünstigter Behinderter im Bundeskanzleramt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. Runkel', written in a cursive style.